



Hamburg, den 12.02.2024

Liebe Pastor*innen im Kirchenkreis Hamburg-Ost und Hamburg-West/Südholstein!

Wir freuen uns, dass Sie die diesjährige Aktion „**7 Wochen für die Menschenrechte**“ wieder unterstützen.

In der Anlage erhalten Sie den 1. Petitionsbrief für den kommenden Sonntag, den 18.02.2024 in der englischen Fassung für den Präsidenten der Republik Tunesien, Herrn Kais Saied und die übersetzte Form für die Botschaft in Berlin, - beide zum Verteilen an die Gottesdienstbesucher*innen und andere Interessierte oder zur Veröffentlichung auf der Homepage. Den Brief an den Präsidenten bitte ausschließlich über die tunesische Botschaft senden, Briefe für die Botschaft in Berlin sind mit 0,85 € zu frankieren.

Hintergrundinformation

Die Menschenrechtsverteidigerin Chaima Issa war eine der ersten, die Kritik übte, als der tunesische Präsident Kais Saied im Juli 2021 das Parlament auflöste, den Premierminister entließ und unter Berufung auf Notstandsbefugnisse die Kontrolle über das Land übernahm. Seither steht sie wie viele weitere Andersdenkende wegen konstruierter Terrorismusvorwürfe vor Gericht. Ihr droht eine langjährige Haftstrafe und gemäß Paragraf 72 des tunesischen Strafgesetzbuchs sogar die Todesstrafe wegen "Verschwörung". Parallel dazu wurde unzulässigerweise ein weiteres Verfahren vor einem Militärgericht in Tunis gegen sie eröffnet. In diesem Verfahren wurde sie am 13. Dezember 2023 für schuldig befunden, Armeeinghörige zur Befehlsverweigerung aufgefordert, Falschnachrichten verbreitet und den Präsidenten beleidigt zu haben. Wegen Aussagen, die sie über die Rolle des Militärs bei den Wahlen im Dezember 2022 getätigt hatte, erhielt sie eine zwölfmonatige Bewährungsstrafe. Gemäß internationaler Menschenrechtsnormen dürfen Verfahren gegen Zivilpersonen nicht vor Militärgerichten verhandelt werden. Unter Präsident Kais Saied griffen die tunesischen Behörden in den vergangenen Jahren zunehmend auf Militärprozesse zurück, um Kritiker*innen und Gegner*innen zu verfolgen.

Mit folgendem Text kann in den Gottesdiensten die Briefaktion von Amnesty international zum Beispiel bei den Abkündigungen eingeleitet werden:

„Für uns es ist nur ein Brief ...

... für sie das Überleben.“

In gut 30% aller Fälle, zu denen Briefaktionen gestartet werden, kann eine Verbesserung der Lage der Betroffenen erreicht werden; z.B. ein Todesurteil wird nicht vollstreckt, Folter wird nicht fortgesetzt, Gefangenen wird Kontakt zu Rechtsanwälten und Familienangehörigen ermöglicht, oder sie werden freigelassen.

Die Macht der Öffentlichkeit – hierin liegt der Hebel für Arbeit von amnesty international – und für unsere Erfolge.

So gibt es erfreuliches im weltweiten Einsatz gegen die Todesstrafe zu berichten:
Das Kabinett in Simbabwe hat sich am 6. Februar für die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen.

Khanyo Farise, die stellvertretende Regionaldirektorin für das östliche und südliche Afrika bei Amnesty International, sagt dazu:

"Simbabwe hat den richtigen Schritt getan, um diese schreckliche und unmenschliche Form der Bestrafung zu beenden, die in unserer Welt keinen Platz hat. Jetzt, da das Kabinett zugestimmt hat, muss das Parlament sicherstellen, dass die Todesstrafe wirklich abgeschafft wird, indem es für die Verabschiedung von Gesetzen stimmt, die dies Wirklichkeit werden lassen."

Amnesty International wendet sich in allen Fällen, weltweit und ausnahmslos gegen die Todesstrafe, da sie das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht auf Leben verletzt.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Pommerien
ai-Gruppe 1452 Hamburg
stephan.pommerien@amnesty-hamburg.de